

Angebotsabgabe mit Pachtbedingungen für den Jagdbezirk

Leucht-West 1

im Regionalforstamt Niederrhein

Ich versichere, dass ich zum Zeitpunkt des möglichen Beginns des Pachtverhältnisses jagdpachtfähig im Sinne von § 11 Abs. 5 Bundesjagdgesetz und nicht Eigentümer, Pächter oder Mitpächter eines anderen Jagdbezirkes oder Teiljagdbezirkes bin.

Mir ist bekannt und ich erkenne an, dass

1. die Verpachtung im Wege des schriftlichen Meistgebotes erfolgt,
2. als Bieter nur solche Personen zugelassen sind, die jagdpachtfähig und nicht Eigentümer, Pächter oder Mitpächter eines anderen Jagdbezirkes oder Inhaber einer entgeltlichen, im Jagdschein einzutragenden Jagderlaubnis sind,
3. in Jagdpachtbezirken maximal zwei Pächter zugelassen sind,
4. der Verpächter den Zuschlag verweigern kann, wenn ihm das Höchstgebot nicht ausreichend erscheint,
5. ohne Angabe von Gründen der Zuschlag auf das zweit- oder dritthöchste Angebot erteilt werden kann,
6. das Land ohne Angabe von Gründen die Ausschreibung aufheben kann,
7. dem vorherigen Pächter das Recht eingeräumt wird, in das Gebot einzutreten, dem das Land den Zuschlag geben will (Voraussetzung hierfür ist, dass das durch den Vorpächter selbst abgegebene Gebot sich unter den drei Höchstgeboten befinden muss),
8. unvollständige Angebote, die nicht die erbetenen Erklärungen enthalten oder bei denen kein eindeutiger Betrag in Euro/ha eingesetzt ist, nicht berücksichtigt werden.

Ich habe auch auf folgende Jagdbezirke im Regionalforstamt Niederrhein geboten, die zum 01.04.2019 ausgeschrieben sind:

Ich habe auch in folgenden Regionalforstämtern des Landesbetriebes Wald und Holz Nordrhein-Westfalen auf Jagdbezirke geboten, die zum 01.04.2019 ausgeschrieben sind:

Wird mir der Zuschlag für einen Jagdpachtbezirk erteilt, werden meine übrigen Angebote gegenstandslos.

Mein Angebot beträgt gemäß Eintragung im Jagdpachtvertrag:

_____ **Euro je Hektar**

_____ **Euro je Jahr (Jahrespachtzins)**

zuzüglich der jeweiligen gesetzlichen Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer).

Mir ist ferner bekannt, dass die von den Kreisen in der Regel noch zusätzlich erhobene Jagdsteuer vom Pächter alleine zu tragen ist.

Den übersandten Entwurf des Jagdpachtvertrages habe ich als Vertragsantrag ordnungsgemäß ausgefüllt und rechtsverbindlich unterzeichnet wieder beigefügt.

Mir ist bekannt, dass im Falle der Zuschlagserteilung der von beiden Vertragsparteien unterzeichnete Jagdpachtvertrag vom Regionalforstamt Niederrhein an die zuständige Untere Jagdbehörde zur Erteilung des Anzeigenvermerkes gesendet wird. Eventuell anfallende Verwaltungskosten für den Anzeigenvermerk gehen zu Lasten des Jagdpächters.

An mein Vertragsangebot bin ich bis zum Eingang der Entscheidung über mein Gebot durch das Regionalforstamt gebunden. Für den Fall der Zuschlagserteilung halte ich mich bis zum Abschluss des Jagdpachtvertrages an mein Gebot.

Ich bin damit einverstanden, dass das Land Auskünfte über meine Vermögensverhältnisse und meinen Leumund einholt.

Das Anschreiben des Regionalforstamtes zu diesem Formular sowie die mitübersandte Revierbeschreibung, die den in § 2 des Jagdpachtvertrages bezeichneten Jagdpachtbezirk, näher erläutert, habe ich zur Kenntnis genommen und erkenne die darin enthaltenen Bestimmungen an.

-Bitte leserlich und in Druckbuchstaben ausfüllen-

Name, Vorname

Straße

PLZ und Hauptwohnsitz

Telefonnummer, Mobilnummer und E-Mail-Adresse

Datum

Unterschrift

Angebotskennzettel

Schneiden Sie bitte den untenstehenden Kennzettel aus und bringen diesen von außen auf dem verschlossenen Umschlag des Angebotes an.

Notieren Sie Ihren Namen auf den Umschlag.

Der Umschlag darf sich nicht ohne Beschädigung des Verschlusses öffnen lassen.

.....bitte ausschneiden

Bitte nicht öffnen!		
Angebotsabgabe für das Revier <u>-Leucht-West 1-</u>		
Ende der Abgabefrist: 20.02.2019 12:00 Uhr	- Nur vom Forstamt auszufüllen - Eingang:	
	Datum:	
	Uhrzeit:	
	Lfd. Nr.	014/
Bitte an Frau Kraschewski weiterleiten		

.....bitte ausschneiden



Pachtvertrag
für Waldreviere des Landesbetriebes Wald und Holz Nordrhein-Westfalen
Eigenjagdbezirk „Leucht-West 1“ im RFA Niederrhein

zwischen dem

Land Nordrhein-Westfalen,

vertreten durch den Leiter des Landesbetriebes Wald und Holz Nordrhein-Westfalen, Albrecht-Thaer-Str. 34, 48147 Münster,

(handelnd durch Bedienstete im Zuständigkeitsbereich des Regionalforstamtes Niederrhein, Moltkestraße 8, 46483 Wesel)

- nachfolgend **Verpächter** genannt –

und

Herrn / Frau

wohnhaft in

Herrn / Frau

wohnhaft in

- nachfolgend **Pächter** genannt –

wird folgender Jagdpachtvertrag abgeschlossen:

Präambel

Die Jagd im Landesbetrieb Wald und Holz Nordrhein-Westfalen dient der vorbildlichen Anpassung der Wildbestände an die Biotopkapazität der Wälder unter Berücksichtigung ökologischer und wildbiologischer Erkenntnisse sowie Belangen des Tierschutzes. Die Erreichung dieses Zieles ist vorrangig erkennbar am Zustand und der Entwicklung der Wald- insbesondere der Baumvegetation.

§ 1
Vertragsgrundlage, Pachtzweck

(2) Der Pachtpreis in Gesamthöhe von _____ € (inkl. MwSt.) ist jährlich im Voraus bis zum 1. April des laufenden Pachtjahres kostenfrei auf das Konto des Landesbetriebes Wald und Holz Nordrhein-Westfalen

bei der **HELABA**
Konto 4 011 912, BLZ 300 500 00
IBAN DE10 3005 0000 0004 0119 12
BIC/SWIFT: WELA DE DD

unter dem Verwendungszweck:

XXXXXX

zu zahlen. Für das erste Jagdjahr ist dieser spätestens drei Wochen nach Vertragsabschluss fällig und zu zahlen.

(3) Bei Zahlungsverzug werden Verzugszinsen in Höhe von 9 Prozentpunkten über dem jeweils geltenden Basiszinssatz gemäß § 247 BGB fällig; daneben wird eine Schadenspauschale von 40 € zuzüglich Mahnauflagen erhoben. Bei Verbrauchergeschäften (§ 13 BGB) werden Verzugszinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem jeweils geltenden Basiszinssatz gemäß § 247 BGB fällig; die Schadenspauschale von 40 € entfällt bei Verbrauchergeschäften. Die Geltendmachung eines weiteren Schadens ist nicht ausgeschlossen.

Jagderlaubnisse

(1) Die Erteilung einer entgeltlichen Jagderlaubnis bedarf der Schriftform und der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Verpächters. Sie wird im gesetzlich zulässigen Rahmen gestattet.

(2) Die Erteilung einer unentgeltlichen Jagderlaubnis bedarf der Schriftform und ist auf maximal zwei Erlaubnisse begrenzt. Sie bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Verpächters.

(3) Alle Jagderlaubnisscheine sind von sämtlichen Pächtern und dem Verpächter zu unterzeichnen.

(4) Der Verpächter kann aus wichtigem Grund verlangen, dass der Pächter eine erteilte Jagderlaubnis innerhalb eines Monats widerruft oder kündigt.

§ 6

Waldbegang, Waldbauliche Zielsetzung

(1) Verpächter und Pächter führen einen jährlichen Waldbegang durch und tauschen sich über die Wildschadenssituation im Jagdbezirk und den sich daraus ergebenden Handlungsbedarf aus.

(2) Das Wildschadensmonitoring im Forstbetriebsbezirk und die folgenden waldbaulichen Zielsetzungen bilden die Grundlage für die Beurteilung der Wildschadenssituation:

a) Die Begründung standortgemäßer Mischwälder darf durch Verbiss nicht in Frage gestellt werden. Die im Jagdbezirk vorkommenden Hauptbaumarten sollen sich in der Regel ohne technische Schutzmaßnahmen verjüngen.

b) Das forstliche Produktionsziel darf nicht durch Schältschäden gefährdet werden.

(3) Folgende im Jagdbezirk vorkommende Baumarten sind Hauptbaumarten im Sinne von Absatz 2, Buchstabe a):

Eiche, Roteiche, Buche, Kiefer, Fichte und Douglasie

§ 7

Verhütung von Jagd- / Wildschaden, Wildschadenersatz

(1) Der Pächter verpflichtet sich, über die Erfüllung des festgelegten Abschusses einen an den Wald angepassten artenreichen und gesunden Wildbestand herzustellen und zu erhalten, der die natürliche und künstliche Verjüngung aller im Jagdbezirk vorkommenden Hauptbaumarten ohne Gatter oder anderen mechanischen oder chemischen Schutz ermöglicht und die Entmischung der Baumarten verhindert.

(2) Der Pächter ist verpflichtet, in gegatterte Kulturflächen eingedrungenes Schalenwild spätestens innerhalb von 48 Stunden nach Kenntnis bzw. Aufforderung unter Beachtung jagdgesetzlicher Bestimmungen zu erlegen, erlegen zu lassen oder herauszudrücken. Kommt der Pächter der Abforderung nicht nach, ist der zuständige Revierleiter des Verpächters ermächtigt, das Wild zu erlegen oder herauszudrücken. Die anfallenden Kosten trägt der Pächter. Der Revierleiter ist auch berechtigt, zur Kontrolle der Kulturgatter auf Wildfreiheit seinen eigenen Jagdhund frei suchen zu lassen.

(3) Gradmesser der Wildschadensverhütung ist die Erfüllung der festgesetzten bzw. vereinbarten Abschüsse durch den Pächter sowie der Zustand der Waldvegetation. Verbiss und Schälung einzelner Bäume sind als natürliche Lebensäußerung des Wildes anzusehen. Wildschäden sind erst dann gegeben, wenn durch Zuwachs-, Wert- oder Stabilitätsverluste das Produktions- oder Betriebsziel gefährdet wird.

Bei Erfüllung der festgesetzten bzw. vereinbarten Abschüsse wird auf Wildschadenersatz für die landeseigenen Waldflächen durch den Verpächter verzichtet.

Diese Regelung gilt somit nicht für angegliederte Waldflächen und landwirtschaftlich genutzte Flächen. Für sie gilt die Regelung des Bundesjagdgesetzes.

(4) Der Pächter hat Wild- und Jagdschaden an landwirtschaftlich genutzten Flächen im Jagdbezirk dem selbst bewirtschaftenden Verpächter oder unmittelbar dessen Landpächter, auch wenn im Verhältnis zwischen dem Verpächter und dem Landpächter eine Wild- und Jagdschadenshaftung ausgeschlossen ist, zu ersetzen. Für Wild- und Jagdschaden an mit verpachteten Grundstücken Dritter haftet der Pächter unmittelbar.

(5) Sofern der Pächter den Abschussplan bzw. den vereinbarten Abschuss nicht erfüllt, hat er dem Verpächter Wildschaden an allen Hauptbaumarten im Jagdbezirk in voller Höhe zu ersetzen.

§ 8

Abschussplanung und Abschussdurchführung

(1) Die Erfüllung der Abschussvorgabe des Verpächters ist eine der Hauptpflichten des Pächters. Die Wilddichte darf die Tragfähigkeit des Lebensraumes nicht überschreiten.

(2) Die Abschusspläne für das abschussplanpflichtige Schalenwild sind von dem Pächter unter Verwendung der von der unteren Jagdbehörde vorgeschriebenen Vordrucke aufzustellen und dem Verpächter zum 30. November und 1. März vorzulegen. Ist Einvernehmen über die Höhe der Abschüsse nicht zu erzielen, legt der Verpächter die Höhe der Abschüsse fest und leitet diese zum 1. April an die zuständige untere Jagdbehörde weiter.

(3) Über die Höhe des jährlichen Abschusses von nicht abschussplanpflichtigen Schalenwildarten schließen die Vertragspartner eine auch in Bezug auf § 7 dieses Vertrages verbindliche Vereinbarung, die die Höhe des Mindestabschusses vorgibt, ab. Ist Einvernehmen über die Höhe der Abschüsse nicht zu erzielen, legt der Verpächter die Höhe der Abschüsse fest (Anlage 4).

(4) Der Pächter hat dem Verpächter an einem vorbezeichneten Ort die frisch erlegten Stücke von Schalenwild (einschließlich Schwarzwild) vorzulegen (Körperlicher Nachweis). Nicht vorgelegtes Schalenwild gilt als nicht erlegt.

Ort: wird nach Abschluss des Pachtvertrages mit dem örtlichen Revierbeamten festgelegt

(5) Wenn und soweit der Pächter den festgesetzten bzw. vereinbarten Abschuss von weiblichem Schalenwild, Kälbern, Kitzen und Lämmern bis zum 30. November nicht wenigstens zu 70% je Wildart erfüllt hat, hat der Verpächter das Recht, die notwendigen Abschüsse durch von ihm Beauftragte vornehmen zu lassen. Hierbei kann der Verpächter die Jagdart frei wählen.

Für diesen Fall verpflichtet sich der Pächter, den Beauftragten des Verpächters eine unentgeltliche Jagderlaubnis zu erteilen. Für Schalenwild, für das eine mehrjährige Abschussfestsetzung/-vereinbarung gilt, ist der zu erfüllende Abschuss aus dem Anteil je Jagdjahr herzuleiten.

Macht der Verpächter von diesem Recht Gebrauch, hat der Pächter als Entgelt für den Aufwand je Stück Schalenwild 200,00 € zu erstatten. Das Wildbret steht dem Pächter zu, das „Kleine Jägerrecht“ der Erlegerin bzw. dem Erleger.

§ 9

Wildäsungsflächen, Fütterungen, Kirrungen

(1) Vorhandene Wildäsungsflächen sowie vom Verpächter als notwendig erachtete Flächen für Neuanlagen sind mit Lage und Bezeichnung in diesem Vertrag aufgeführt (Anlage 3).

(2) Wildäsungsflächen dienen der Verbesserung der natürlichen Äsungsgrundlage und zur Vermeidung von Wildschäden. Wildäsungsflächen sind nur in Form von Dauergrünland zulässig. Der Pächter ist verpflichtet, die ihm zur Nutzung überlassenen Wildäsungsflächen als Extensivdauergrünland ordnungsgemäß zu bewirtschaften. Die Anlage von Wildäckern ist nicht gestattet.

(3) Art und Umfang der Notzeitfütterung von Wild, der Kirrungen für Schwarzwild ausschließlich in der Hauptjagdzeit sowie die Fütterung von Niederwild gem. § 25 Abs. (2) LJG NRW sind mit dem Verpächter nach Art und Umfang und nach Maßgabe der geltenden Rechtsvorschriften abzustimmen. Kommt eine Einigung nicht zustande, entscheidet der Verpächter abschließend.

§ 10

Forstamtsspezifische Jagdregeln

Aus dem Jagdbetriebskonzept (JBK) des Verpächters gelten für den verpachteten Jagdbezirk folgende Regeln der guten jagdlichen Praxis für den Pächter verbindlich:

- a) bei Notzeitfütterung ruht die Jagd
- b) Die Ausübung der Fallenjagd ist verboten
- c) Der Jagdpächter verpflichtet sich ggfs. zur Teilnahme an revierübergreifenden Drückjagden
- d) Kanzeln dürfen nur in offener Holzbauweise errichtet werden
- e) Die Jagd auf Prädatoren wird unterlassen
- Ausnahmen: Neobiotische Tierarten (Neozoen).

§ 11

Besondere Auflagen aus dem Naturschutz- und Landschaftsrecht

entfällt

§ 12

Jagdliche Einrichtungen, Wegebenutzung

(1) Die Errichtung und Übernahme jagdlicher Einrichtungen ist Sache des Pächters und mit dem Verpächter hinsichtlich Anzahl, Standort und Bauweise vor der Errichtung abzustimmen. Kommt eine Einigung nicht zustande, entscheidet der Verpächter abschließend. Die Verkehrssicherungspflicht der jagdlichen Einrichtungen obliegt dem Pächter.

(2) Der Pächter hat seine jagdlichen Einrichtungen am Ende der Pachtzeit zum 31. März aus dem Jagdbezirk zu entfernen. Alle Jagdeinrichtungen gehen nach Ende der Pachtzeit am 1. April unentgeltlich in das Eigentum des Verpächters über, sofern dieser nicht die Beseitigung zum Pachtzeitende gefordert hat. Kommt der Pächter der vom Verpächter geforderten Beseitigung nicht fristgerecht nach, kann der Verpächter die Einrichtungen auf Kosten des Pächters entfernen lassen.

(3) Der Verpächter gestattet dem Pächter und dessen Jagdgästen die Benutzung der für den öffentlichen Verkehr gesperrten Forstwirtschaftswege **im Jagdbezirk** zum Zwecke des Jagdbetriebes auf eigene Gefahr und unter Ausschluss von jeglichen Haftungsansprüchen gegen den Verpächter. Die Höchstgeschwindigkeit liegt bei 30 km/h. Auf die erholungssuchende Bevölkerung ist besonders zu achten und auf Schrittgeschwindigkeit abzubremesen.

Bei der Anlage und Unterhaltung von Wildäsungsflächen und jagdlichen Einrichtungen, beim Wildtransport und Beschicken von Fütterungen in der Notzeit dürfen Rückewege und -gassen benutzt werden. Ein flächenhaftes Befahren bzw. ein Fahren in den Beständen ist untersagt.

§ 13

Jagdhund, Jagdbeauftragter

(1) Besitzt der Pächter keinen brauchbaren Jagdhund, hat er nachzuweisen, dass ihm ein solcher Hund eines Dritten jederzeit für Jagdzwecke zur Verfügung steht.

(2) Befindet sich der gewöhnliche Aufenthaltsort des Pächters mehr als 30 Kilometer vom Jagdbezirk entfernt oder steht der Pächter aus sonstigen Gründen nicht regelmäßig zur Verfügung, hat er einen Jahresjagdscheininhaber in Reviernähe zu benennen, der regelmäßig zur Verfügung steht und aufgrund eines gültigen Jagdscheines im Stande ist,

unaufschiebbare Maßnahmen in Abwesenheit des Pächters für ihn vorzunehmen. Der benannte Jahresjagdscheininhaber soll bestätigter Jagdaufseher sein.

§ 14

Wildfolge, Entsorgung von Verkehrsunfallwild (Schalenwild)

(1) Soweit der Jagdbezirk an einen Verwaltungsjagdbezirk des Verpächters grenzt, gilt grundsätzlich die gesetzliche Wildfolge nach § 29 LJG –NRW in Verbindung mit § 22 a BJG.

(2) Ohne Übernahme einer Rechtspflicht obliegt es dem Pächter im angepachteten Jagdbezirk auf Bundes-, Kreis- und Gemeindestrassen auftretendes Verkehrsunfallwild (ausschließlich Schalenwild) ordnungsgemäß zu entsorgen.

§ 15

Kündigung durch den Verpächter

(1) Der Verpächter kann den Pachtvertrag fristlos kündigen, wenn

- a) dem Pächter der Jagdschein nach § § 17, 18 oder 41 BJagdG versagt, eingezogen oder entzogen wird,
- b) der Pächter rechtskräftig nach den §§ 292 bis 294 des Strafgesetzbuches oder § 38 BJagdG verurteilt ist,
- c) der Pächter wiederholt in grober Weise den gesetzlichen Bestimmungen über die Jagdausübung oder den Bestimmungen dieses Vertrages zuwiderhandelt/n,
- d) der Pächter die festgesetzten bzw. vereinbarten Abschüsse oder den Abschussplan nicht erfüllt hat,
- e) der Pächter mit seinen Zahlungsverpflichtungen nach vorheriger Zahlungsaufforderung länger als drei Monate in Verzug ist,
- f) der Pächter oder in seinem Auftrag handelnde Dritte trotz schriftlicher Abmahnung wiederholt oder gröblich gegen diesen Vertrag verstoßen hat/haben,
- g) wenn sich der Pächter ohne zureichende Gründe wiederholt nicht an revierübergreifenden Bewegungsjagden nach § 10 Tz. c) dieses Vertrages beteiligen

(2) Das Verschulden von Beauftragten, Jagderlaubnisscheininhabern oder Jagdgästen gilt – auch über § 831 BGB hinaus - als eigenes Verschulden des Pächters.

(3) Im Falle einer Kündigung hat der Pächter dem Verpächter den aus der Beendigung des Pachtvertrages entstehenden Schaden zu ersetzen.

§ 16

Mehrheit von Pächtern, Tod des Pächters

(1) Sofern mehrere Pächter an diesem Jagdpachtvertrag beteiligt sind, haften diese für alle Leistungen aus diesem Vertrag als Gesamtschuldner. Kündigungsgründe in der Person eines Pächters berechtigen den Verpächter zur Kündigung gegenüber allen Mitpächtern. Erlischt der Vertrag mit einem der Pächter, so kann der Verpächter innerhalb von drei

Monaten, nachdem er von dem Erlöschungsgrund Kenntnis erhalten hat, auch den übrigen Mitpächtern gegenüber zum Ende des Pachtjahres kündigen.

(2) Bei Tod des Pächters oder eines Mitpächters richtet sich die Fortsetzung des Pachtvertrages nach den jeweiligen gesetzlichen Regelungen. Im Übrigen gilt § 16 LJG-NRW.

§ 17 Schriftform, Salvatorische Klausel, Schlussbestimmungen

(1) Alle Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform.

(2) Im Übrigen richtet sich der Vertrag nach den gesetzlichen Vorschriften. Sollten sich diese ändern, treten sie, soweit unabdingbar, an die Stelle entgegenstehender Vertragsbestimmungen.

(3) Der Jagdpachtvertrag wird vom Verpächter der zuständigen unteren Jagdbehörde gemäß § 12 BJagdG angezeigt. Aus diesem Anlass anfallende Verwaltungskosten gehen zu Lasten des Pächters.

(4) Dieser Vertrag wird in fünffacher Ausfertigung erstellt. Je eine Ausfertigung erhält

- der Pächter
- der Verpächter
- der Forstbetriebsbeamte
- die Buchführung des Landesbetriebs Wald und Holz Nordrhein-Westfalen
- der Kreis Wesel (UJB)

§ 18 Sonstige Vereinbarungen

entfällt

§ 19 Anlagen zum Vertrag

Diesem Vertrag sind beigefügt:

- Anlage 1: Karte Reviergrenze
- Anlage 2: Revierbeschreibung
- Anlage 3: Karte Übersicht
- Anlage 4: Mindestabschussvereinbarung
- Anlage 5: (PJK des Pächters)

Für den Verpächter

Für den Pächter

Ort, Datum
im Auftrag

Ort, Datum

FOR Mauerhof

(Pächter)

Siegel

**Abschussvereinbarung/Mindestabschuss nach § 8 des Jagdpachtvertrages
für das Jagdjahr 2019/2020**

Forstbetriebsbezirk: Leucht
Jagdpachtbezirk: Leucht-West 1

Mindestabschuss für Rehwild je Jagdjahr

8

Stück Rehwild (Verhältnis männlich/weiblich 1 : 1)

Für die folgende Jahre wird die Abschussvereinbarung bei Bedarf im Februar des nächsten Jahres geklärt.